

Auer Tageblatt

Bestellungen nehmen die Ausleger
und die Anwerter die Postanstalten
entgegen. — Erscheint werktäglich.
Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

Anzeiger für das Erzgebirge

Regierungspreis für die Lebensversicherung
Beitrag für Ausgaben und für die
Angehörigen im Weltkrieg, sowie
wichtige Ausgaben im Weltkrieg,
Kriegs-Beitrag für die Lebensversicherung
amtliche Zeile 20 Geldspende.

Telegramme: Tageblatt Auergebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 190

Nr. 296

Sonnabend, den 20. Dezember 1924

19. Jahrgang

Die Regierungsbildung verschoben.

Bis zum Zusammentritt des neuen Reichstages. — Für keine Koalition eine Mehrheit.

Berlin, 18. Dez.

Nachdem der Außenminister Dr. Stuesemann gestern Abend den Auftrag zur Bildung einer Reichsregierung dem Reichspräsidenten wegen der ablehnenden Haltung des Zentrums zurückgegeben hatte, hat der Reichspräsident heute, wie nicht anders zu erwarten war, den bisherigen Reichskanzler Marx gebeten, die Verhandlungen über die Bildung einer Regierung zu führen, ohne daß dabei eine bestimmte Richtung der Regierungsbildung festgelegt wurde.

Der bisherige Reichskanzler hat daraufhin im Reichstag nacheinander mit den Vertretern fast aller Parteien Besprechungen gehabt. Am wichtigsten war die Unterhaltung mit den Vertretern der Deutschen Volkspartei, die weder die bisherige Politik der bürgerlichen Mitte, noch auch die an sich gegebene große Koalition mitzumachen gewillt war. Im Verlauf des Nachmittags traten die Fraktionen des Zentrums und der Sozialdemokratie im Reichstag zusammen. Das Zentrum hatte keine Veranlassung, seinen Beschluß umzustößen, der sich gegen die Beteiligung an einer innen- und außenpolitisch verhängnisvollen Koalition richtete. Die Sozialdemokraten gaben nach kurzer Beratung folgenden Beschluß bekannt:

Die sozialdemokratische Fraktion ist der Auffassung, daß aus Gründen der äußeren und inneren Politik eine Regierung des Bürgerblocks verhindert werden muß. In Rücksicht auf die Haltung der Deutschen Volkspartei sieht sie in der Bildung der Weimarer Koalition die gegebene Lösung.

Diese Koalition, die gewöhnlich als Wirt-Koalition bezeichnet wird, bestand aus Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten. Die sozialdemokratische Fraktion hat ferner beschlossen, den Anspruch der stärksten Fraktion auf die Benennung des Reichspräsidenten zu stellen und dafür wieder den Abg. Böbe vorzuschlagen.

Reichskanzler Marx hat sich gestern nachmittag noch mit den Führern der Demokraten in Besprechungen gesetzt. Die Demokraten haben erneut, entsprechend ihrer bisherigen Haltung, jede Beteiligung an dem Bürgerblock abgelehnt, im übrigen aber der Anschauung Ausdruck gegeben, daß nach dem Beschlusse der Deutschen Volkspartei die Wiederkehr der Koalition der Mitte unmöglich sei und daß eine Lösung der Regierungskrise nur möglich wäre durch die Bildung der alten Weimarer Koalition. Einen ähnlichen Beschluß faßten die Sozialdemokraten.

Die Wahrsche Volkspartei faßte in ihrer Fraktionsitzung einstimmig folgenden Beschluß:

1. Aus innen- und außenpolitischen Gründen erachtet die Reichstagsfraktion der Wahrschen Volkspartei die umgehende Bildung einer arbeitsfähigen Reichsregierung für dringend geboten. Jede Verzögerung der Regierungsbildung schädigt die Interessen des deutschen Volkes.
2. Gemäß ihrer bisherigen Haltung und im Hinblick auf das Ergebnis der jüngsten Wahlen erachtet die Fraktion die Bildung einer bürgerlichen Mehrheitsregierung für das einzig Gegebene und wird eine solche Regierung unterstützen.

Warnung vom Rhein.

Gegen eine Rechtskoalition wenden sich in einer einstimmig gefaßten Entschließung die geistlichen Vorgesetzten der katholischen Arbeitervereine der Erzdiözese Köln. Sie sehen in einer Rechtskoalition eine schwere Gefährdung für den ruhigen Aufbau im Vaterlande, und zwar nicht aus parteipolitischen, sondern aus christlichen, sozialen und vaterländischen Gründen. Eine rechts gerichtete Regierung lehnt die katholische Arbeiterschaft entschieden ab. Denn:

1. Bei einer Rechtsregierung ist keine gerechte Verteilung der Lasten zu erwarten.
2. Eine Rechtsregierung bedeutet nach den gemachten Erfahrungen eine soziale Reaktion, zunächst bei der sozialen Gesetzgebung, sodann aber auch in ihrer Auswirkung bei den Arbeitgebern, eine unerträgliche Stärkung deren Machtpunktes.
3. Die Arbeiterpräsidenten sehen voraus, daß eine solche Entwicklung die Arbeiterschaft zu einer Heurnruhigung führen wird, deren Folgen vom vaterländischen und vor allem vom christlichen Gesichtspunkt aus nicht ernst genug bewertet werden können.

Aus diesen Gründen sprechen sie die feste Erwartung aus, daß die Zentrumspartei sich an einer Rechtskoalition nicht beteiligen wird.

Das klingt anders und glaubhafter als die Milchmädchenrechnung, die sich dieser Tage die Rechtskreise

Berlin, 19. Dezember. Reichskanzler Dr. Marx berichtete heute vormittag dem Reichspräsidenten über seine gestrigen Besprechungen mit den Parteiführern, die ergeben haben, daß die Fraktionen an ihren Beschlüssen festhalten und daher zur Zeit die Bildung der Reichsregierung unmöglich erscheint. Reichspräsident und Reichskanzler kamen bei dieser Sachlage dahin überein, daß die Neubildung der Regierung bis kurz vor Zusammentritt des Reichstages hinausgeschoben und das bisherige Kabinett bis dahin die Geschäfte weiterführt. Der Reichskanzler wird im Laufe des Tages in einer Sitzung des Reichskabinetts die Lage besprechen.

Berlin, 19. Dez. Zu dem Vorschlage der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, die Weimarer Koalition wieder zu bilden, bemerkt der „Vorwärts“, die 3 Parteien Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten stellen zusammen die zahlenmäßig stärkste Koalition dar, die nach dem Scheitern des Bürgerblocks auf der einen Seite und der großen Koalition auf der anderen Seite noch möglich sei. Die Weimarer Koalition würde mit 232 Abgeordneten 216 Abgeordneten der Rechten gegenüber stehen. Aus eigener Kraft könne die Rechte eine solche Regierung nicht stützen, sie könne das nur mit Hilfe der 45 Kommunisten. Das „Berliner Tageblatt“ erklärt zu dem sozialdemokratischen Vorschlage: Auch wir würden ihn unter den gegebenen Verhältnissen für das Erstrebenswerteste halten, aber wir verschließen nicht die Augen davor, daß es sich hierbei um einen Floß handeln würde, der zahlenmäßig nur eine Minderheit des Parlaments ausmacht. Die „Germania“ bezeichnet dagegen die Weimarer Koalition nicht nur als zahlenmäßig, sondern auch politisch als unmöglich. Das Blatt, das die politische Lage im Augenblick so verworren wie nur möglich nennt, hält für den gangbarsten Ausweg immer noch die schnelle Wiederherstellung der Regierung der Mittelparteien auf der bisherigen Grundlage. Ob diese Lösung doch noch Tatsache werde, sei jedoch mehr als zweifelhaft, da die Zeit heute wiederum die strikte Ablehnung der Volkspartei, sich an einer Regierung der Mitte zu beteiligen, unterstreiche.

Ueber die Haltung der Wirtschaftspartei wird mitgeteilt, daß die Reichstags- und Landtagsfraktionen beschlossen haben, eine Regierung, in der die Sozialdemokratie vertreten sei, grundsätzlich nicht zu unterstützen, nötigenfalls dagegen eine bürgerliche Regierung, zu der sie ihre Stellungnahme von deren Verhalten zu den Forderungen des Mittelstandes abhängig machen werde.

Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei hat in ihrer heutigen Sitzung 18 Anträge zur Einbringung in den Reichstag beschlossen. Darunter ist besonders hervorzuheben der Antrag, der die Wiedereinführung der Reichsfarben schwarz-weiß-rot, sowie die Hebung des Wahlalters von 20 auf 25 Jahre verlangt.

aus dem Rheinland schicken ließ und in der berechnet wurde, daß der größte Teil der Zentrumswähler für einen schwarz-weiß-roten Bürgerblock gestimmt habe.

Wann räumen die Engländer Köln?

Interpellation der Liberalen im Unterhaus.

London, 18. Dez. Von liberaler Seite wird heute im Unterhaus eine Anfrage an die Regierung gerichtet werden, welche Haltung England in der Frage der Räumung der Kölner Zone einnehmen werde. Der „Daily Telegraph“ meldet, daß man in englischen Regierungskreisen die Auffassung vertritt, daß Englands Haltung in dieser Frage ausschließlich von dem Inhalt des Berichts der Interalliierten Militärkontrollkommission bestimmt sein müsse und andere Opportunitätsbedingungen nicht in Betracht kämen.

Eine Konferenz über die Räumung Kölns am 6. Januar.

Paris, 18. Dezember. In Kreisen, die dem Dual d'Orsay nahe stehen, wurde gestern Abend behauptet, daß gelegentlich der Finanzministerkonferenz am 6. Januar in Paris nicht nur der Schatzkanzler Winston Churchill, sondern auch der Staatssekretär für Aeußeres, Chamberlain, nach Paris kommen werde. Denn Anfang Januar würden nicht nur finanzielle Fragen, sondern auch politische von großer Wichtigkeit erörtert werden, vor allem die Frage der Räumung des Kölner Brückenkopfes und die Kontrolle über die deutschen Räumungen.

Deutschland nimmt eine Völkerbundseinladung an.

Berlin, 18. Dez. Wie von ausländischer Seite verlautet, hat Deutschland die Einladung des Völkerbundes zur Teilnahme an der internationalen Konferenz, die im Mai nächsten Jahres zur Prüfung der Frage der Waffen- und Munitionstransportkontrolle zusammenzutreten wird, angenommen. Da auch die amerikanische Regierung ihre Teilnahme an der Konferenz bereits zugesagt hat, wird die Tagung im Mai von besonderer Bedeutung sein.

Die Militärkontrolle vor der Völkerbundskonferenz.

Deutschland hat die Bedingungen noch nicht erfüllt.

Aus Paris kommt folgender Funkpruch: Während gestern im französischen Außenministerium berichtet wurde, die Völkerbundskonferenz würde nur laufende Geschäfte erledigen, glaubt heute die Pariser Presse zu wissen, daß die Völkerbundskonferenz die letzten Berichte der interalliierten Militärkontrollkommission aus Berlin behandelt hat. Die Völkerbundskonferenz hat aus dem Bericht den Schluß gezogen, General Walsh beizupflichten, daß von Deutschland nicht sämtliche Abrüstungsbedingungen erfüllt worden seien und zu der Auffassung gelangt, daß die Kontrollkommission ihre Tätigkeit nicht bis zum 10. Januar beenden und einen ausführlichen Bericht über die deutschen Abrüstungen noch nicht vorlegen könnte.

Die Gewerkschaften für den Freihandel.

Köln, 18. Dez. Hier fand eine Besprechung von Vertretern der deutschen freigewerkschaftlichen Spitzenorganisationen und des deutschen Metallarbeiterverbandes mit Vertretern der französischen Gewerkschaften über die deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen statt. Es wurde Übereinstimmung darüber festgestellt, daß die Interessen der Arbeiterschaft beider Länder und einer allgemeinen gesunden Wirtschaftsentwicklung eine Befestigung der protektionistischen Wirtschaftspolitik zugunsten eines freien internationalen Warenverkehrs angestrebt werden müsse. Falls ein deutsch-französisches oder europäisches Eisenbahnabkommen zustande kommen sollte, so müsse eine Kontrolle der Preispolitik durch die Einflußnahme der Regierungen und der Arbeiterorganisationen erfolgen. Es wurde vereinbart, daß weitere Zusammenkünfte der deutschen und französischen Gewerkschaftsvertreter stattfinden sollen.

Eine schwere Anklage gegen Eduard VII.

Von einem englischen Historiker, Prof. A. Farrer, vom Baptist College in London ist jetzt ein Buch über Eduard VII. erschienen, das, wie Professor Johannes Heller in der Deutschen Literaturzeitung ausführlich, als eine wichtige Anklage gegen Eduard VII. gelten muß. „Unsere Entente mit Frankreich“, sagte Farrer, „hatte und unwiderruflich der französischen Politik der Vergeltung für 1870 ausgeliefert... König Eduard's frühere Vertraulichkeit mit Gambetta und in späteren Jahren seine Freundschaft mit Delcassé und Clemenceau kann ihn nicht in Unkenntnis über die Gesinnungen dieser und anderer in Staat und Gesellschaft führenden Männer gegenüber Deutschland gelassen haben... Die Ernüchterung, die durch die Entente mit England den französischen Nebansehensungen zuteil wurde, konnte nicht mißverstanden werden, mochte auch der Vertrag als bloße „Verständigung“ verumumt (annustaged) sein. Unter anderen Bedingungen gab es kein Zusammenwirken mit Frankreich, so fern auch immer der Ausgang in Zukunft verborgen liegen mochte.“ Aber noch weit mehr die Entente zielte von Anfang an auf den Krieg gegen Deutschland an der Seite Frankreichs. Schon im April 1904, als das Abkommen über Marokko geschlossen wurde, war — wie Farrer aus Äußerungen des beteiligten Ministers Wyndham belegen kann — die Landung eines englischen Heeres von 180 000 Mann in Belgien für den Fall eines deutsch-französischen Konflikts von den militärischen Stellen vorgesehen. Bernähtend für die Friedfertigkeit ist, was Farrer über die Mittel sagt, mit denen in England Kriegsstimmung erzeugt wurde. Er zeigt, wie ein Chor von Publizisten mit vollem Bewußtsein die Verleumdung Deutschlands, des Kaisers und der deutschen Politik betreibt und den Gedanken an Verständigung mit Deutschland offen bekämpft; wie man den völlig harmlosen Brief des Kaisers an Lord Tweedmouth wesentlich und absichtlich fälschend mißbraucht, um die Stimmung zu vergiften; wie insbesondere das Schwadgespenst der deutschen Gefahr an die Wand gemalt wird von Deuten wie Admiral Bisher, die im Stillen selbst darüber lachen. Er weist auch darauf hin — was uns weniger bekannt ist —, daß der König vermöge seiner nahen persönlichen